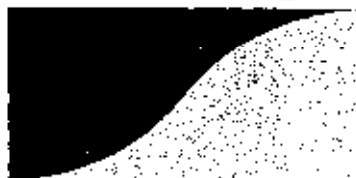


# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 pbbn d



## Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB,  
Stellvertretender Vorsit-  
zender der SPD-Fraktion  
im Deutschen Bundestag,  
kommentiert die Diskussion  
um die Elbe-Grenze: Bun-  
desregierung hat Chance zur  
Bewegung. Seite 1

Erwin Horn MdB, Obmann der  
SPD-Fraktion im Verteidi-  
gungsausschuß des Deut-  
schen Bundestages, trifft  
Feststellungen zum Weiß-  
buch 1985: Bilanz der Wor-  
te, nicht der Taten.  
Seite 4

Dr. Hermann Scheer MdB,  
Obmann der Arbeitsgruppe  
Abrüstung und Rüstungs-  
kontrolle der SPD-Bundes-  
tagsfraktion, fordert eine  
gemeinsame europäische  
Position der Europäer zum  
SDI-Projekt: Kohls Allein-  
gang schädlich.  
Seite 5

Dr. Axel Wernitz MdB, Vor-  
sitzender des Innenaus-  
schusses des Deutschen Bun-  
destages, kritisiert die  
Unions-Hektik um das Perso-  
nalausweisgesetz: Unkalku-  
lierbare Risiken.  
Seite 6

40. Jahrgang / 63

1. April 1985

### Politik darf an der Elbe-Grenze nicht aufhören

Zur aktuellen Diskussion um die Feststellung der Grenze  
zwischen Schnackenburg und Lauenburg

Von Dr. Jürgen Schmude MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

Daß es bei der Feststellung der Grenze zwischen beiden  
deutschen Staaten im Elbe-Abschnitt nicht um Verhandlung-  
en im engeren Sinne geht, ist unbestritten. Nach dem  
Zusatzprotokoll der betreffenden Erklärung zum Grundver-  
trag ist die Markierung der bestehenden Grenze zu über-  
prüfen und zu ergänzen, wobei die Feststellungen der  
früheren Besatzungsmächte maßgeblich sind.

Wenn diese Feststellungen eindeutig und leicht erkennbar  
wären, hätte die Grenzkommission das Problem längst ge-  
löst. Die Prüfung der von den Besatzungsmächten getrof-  
fenen Absprachen zeigt aber, daß gerade der Elbabschnitt  
nicht mit jener Akribie bearbeitet und dokumentiert worden  
ist, die es heute leicht machen würde, die Feststellung  
des Grenzverlaufs nachzuvollziehen.

Auch damit geht das Geschäft der Grenzfeststellung noch  
nicht in ein Verhandeln über. Aufgabe bleibt, herauszu-  
finden, was die Besatzungsmächte erklärt und gewollt ha-  
ben. Ohne den guten Willen, zu einem Ergebnis zu kommen,  
ist diese Aufgabe nicht zu lösen. Die Bereitschaft, alle  
Gesichtspunkte unvoreingenommen zu prüfen und sich dann  
für eine vertretbare und zugleich erreichbare Lösung zu  
entscheiden, gehört dazu.

Die von CDU/CSU und FDP geführte Bundesregierung hat sich  
den Weg zu einer solchen Lösung im ersten Jahr ihrer Amts-  
zeit demonstrativ offengehalten. Es war ein Erlebnis be-  
sonderer Art für das Parlament, im Oktober 1982 den CSU-  
Abgeordneten Spranger, der noch im August 1982 als Oppo-  
sitionspolitiker nachdrücklich den Anspruch auf die Grenz-



ziehung am Nordost-Ufer vertreten hatte, als Vertreter der Bundesregierung in der Fragestunde zu diesem Thema zu hören. Die Frage nach der Grenze am Ost-Ufer "eindeutig zu beantworten, hängt von den Feststellungen der Kommission ab...". Solange diese Arbeiten nicht abgeschlossen seien, "würde ich hier auf eine Festlegung verzichten wollen". Das hatten die Abgeordneten schon mehrfach von der früheren Bundesregierung gehört. Spranger bestätigte diesen Eindruck mit den Worten: "Wenn Sie der Meinung sind, daß die neue Bundesregierung die gleiche Auffassung vertritt, wie die vergangene Bundesregierung, dann will ich dem jetzt nichts hinzufügen."

Aufmerksamkeit erregten auch Äußerungen Rainer Barzels als Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. In einem Presseinterview Anfang Dezember 1982 nach der Elbe befragt, antwortete er: "Es gibt eine Karte, die wurde wiederentdeckt. Man muß sie jetzt ganz genau ansehen und irgendwann wird man auch darüber sprechen müssen... Soweit sich Grundsatzfragen stellen, wünsche ich diese jetzt nicht zu behandeln." Griesgrämig bemerkten die Vertreter des harten Rechtsstandpunkts, wie ihn die niedersächsische Landesregierung mit der Forderung nach dem Nordost-Ufer vertritt, in der Frage der Elb-Grenze seien die Regierungspolitiker nicht so entschieden wie zu Oppositionszeiten und wollten an der in der Bonner Delegation zur Grenzkommission bestehenden Abneigung gegen die Nordost-Ufer-These offenbar nichts ändern.

Solche Äußerungen wurden als Signal verstanden, daß die neue Bundesregierung sich nicht festlegen, sondern Bewegungsraum für eine bei den politischen Gegebenheiten mögliche Lösung sichern wollte.

Diese Haltung der Bundesregierung hat sich grundlegend geändert, ohne daß man irgend etwas von neuen Erkenntnissen zur Sache gehört hätte. Die niedersächsische Landesregierung, die ihre Rechtsauffassung unverändert auf ein in kürzester Frist und ohne Auswertung aller wichtigen Unterlagen erstelltes Gutachten aus dem Jahre 1975 stützt, drängte die Bundesregierung zur Verhärtung ihres Standpunktes in der Grenzfrage. Die parteipolitische Übereinstimmung beider Regierungen hätte die Chance geboten, durch Einfluß aus Bonn die niedersächsische Haltung zu lockern. Davon aber konnte keine Rede sein. Und neue Erkenntnisse zur Sache wurden nirgends auch nur angedeutet. Seit Mitte 1984 wurden die Töne aus dem Regierungsbereich ständig härter, bis Regierungsmitglieder schließlich ganz eindeutig erklärten, die Grenze liege "erwiesenermaßen" am Nordost-Ufer. Minister Windelen hatte noch 1983 im Kabinett einer



Festlegung auf die Grenzlinie am Nordost-Ufer widersprochen. In seiner damals herausgegebenen Broschüre "Auskünfte zur Deutschlandpolitik A-Z" steht unter dem Stichwort "Elbe-Grenze" nichts vom Nordost-Ufer. Jetzt aber ist dieser Grenzverlauf für ihn "eindeutig" und er sieht insoweit keinerlei Spielraum für die Bundesregierung.

Von neuen Beweismitteln und Erkenntnissen der Bundesregierung hört man nichts. Erklären läßt sich ihr Meinungswandel ausschließlich mit der Erläuterung, die der niedersächsische Staatssekretär Haaßengier Anfang März 1985 gegeben hat, als erstmals die Forderung nach dem Nordost-Ufer offiziell in die Grenzkommission eingeführt wurde. Niedersachsen habe sich gegenüber dem Bund durchgesetzt, meinte Haaßengier lapidar.

Nicht aus eigener Einsicht, sondern von der Landesregierung in Hannover beeinflusst, hat sich die Bundesregierung selbst bewegungsunfähig gemacht. Ihre öffentlichen Festlegungen signalisieren das Ende der Bereitschaft zum prüfen und klären. Ein Rechtsstandpunkt wird verkündet und für verbindlich erklärt. Weiteres Nachdenken hat da keinen Raum mehr, ist sogar unzulässig. Politisches Handeln findet nicht statt.

Das Gutachten des im Völkerrecht erfahrenen Professor Dieter Schröder aus Berlin bringt dazu keine Patentlösung. Schröder zeigt gewichtige Indizien auf, die für eine andere Auffassung als die von der Bundesregierung vertretene sprechen. Er legt vor allem bloß, wie dürftig der doch angeblich so eindeutige Rechtsanspruch auf die Nordost-Ufer-Linie ist. Und er weist nach, daß flüchtige Grenzeinzeichnungen in Karten mit großen Maßstäben zwar anschaulich sein mögen, eindeutige Beschreibungen des Grenzverlaufs im Text der getroffenen Vereinbarungen aber nicht außer Kraft setzen können.

Konsequenzen zu ziehen, ist Sache der Politiker. Die Bundesregierung sollte es sich mit den gewichtigen Argumenten Schröders nicht leicht machen. Sie hat eine Chance, aus der durch voreilige Festlegung selbst geschaffenen Bewegungsunfähigkeit wieder herauszukommen. Wir Sozialdemokraten werden darauf achten, daß diese Chance nicht leichtfertig beiseite geschoben wird.

(-/1.4.1985/rs/ks)

+ + +



Eine Bilanz der Worte, nicht der Taten

---

Feststellungen zum Weißbuch 1985

Von Erwin Horn MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Mit 650 Manuskriptseiten ist das Weißbuch 1985 das "dickste", das je geschrieben wurde. Die Überlänge bedeutet keineswegs ein Mehr an Information gegenüber früheren Weißbüchern. Sie entstand durch gebetsmühlenartige Wiederholungen, eine verquallte Sprache und nichtssagende halbseitige Sätze wie in Ziffer 34:

"Der Schwerpunkt der Arbeit der WEU wird künftig in der substantiellen politischen Diskussion der Außen- und Verteidigungsminister liegen, die beschlossenen haben, eingehende Gespräche zu führen und eine Abstimmung ihrer Auffassungen zur konkreten Sicherheitslage in Europa anzustreben, insbesondere im Hinblick auf: Verteidigungsfragen, Rüstungskontrolle und Abrüstung, den Auswirkungen von Entwicklungen in den Ost-West-Beziehungen auf die Sicherheit Europas, Europas Beitrag zur Verstärkung des Atlantischen Bündnisses unter Berücksichtigung der Bedeutung der transatlantischen Beziehungen, der Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich, in dem die WEU einen politischen Impuls geben kann."

Fehlender Inhalt wird durch 70 bunte Schaubilder ersetzt. Eine redaktionelle Überarbeitung, wie sie früher von Theo Sommer, Walther Stützle oder Hans Schmelz selbst vorgenommen wurde, ist offensichtlich nicht erfolgt.

Das Weißbuch 1985 war vielfach angekündigt als Leistungsbilanz und Absichtserklärung der Bundesregierung in Bezug auf die Bundeswehr. Nach dem Raketen-Weißbuch 1983 sollte es sich - besonders nach der Kritik von Bundeswehr-Verband und SPD - ausschließlich mit den Streitkräften befassen nach dem Motto: "Der Mensch ist Mittelpunkt." Wer den Menschen in diesem Weißbuch sucht, muß sich erst mal durch 200 Seiten Glaubenssätze durchquälen. Denn: Im Mittelpunkt dieses Weißbuches steht nicht der Mensch, sondern eine "Bedrohung", wie sie die jetzige Bundesregierung sieht.

Bemerkenswert dürftig ist die Leistungsbilanz, die in Ziffer 855 sogar fragwürdige Absichtserklärungen als besondere Leistung der Bundesregierung herausstellt. Beispiel: Die vorzeitige Zurrubesetzung von 1.500 Offizieren zur Lösung des Verwendungsstaus. Wir Sozialdemokraten haben die Bundesregierung durch erheblichen Druck zur Erhöhung des Wehrsoldes unserer Soldaten veranlaßt. Jetzt ist es ihr "Verdienst".

Mit großer Mühe werden Krümel, Absichten und Selbstverständlichkeiten zusammengekehrt, um sie als große Leistungen der jetzigen Bundesregierung auszuweisen. In Wahrheit hat diese Regierung jedoch kein nennenswertes Problem der Bundeswehr gelöst: Der Personalumfang der Bundeswehr bleibt ungesichert und Wörners Absichten sind selbst in der Union umstritten; die große Rüstungsplanung ist zur Einkaufsliste degeneriert und nicht finanzierbar; unumgängliche Strukturveränderungen für die Bundeswehr werden noch nicht einmal in Angriff genommen.

All das kann nicht verwundern, denn die von Wörner früher vollmundig angekündigten Steigerungen des Verteidigungshaushalts sind ausgeblieben. Sein Weißbuch 1985 bestätigt: Zu Zeiten der sozialliberalen Koalition gab es Steigerungsraten für den Einzelplan 14 bis zu acht Prozent. Seit der "Wende" sinkt auch der Verteidigungshaushalt. Ganze 2,1 Prozent Steigerung in 1984 bedeuten nach Abzug der Inflationsrate ein reales Absinken. Damit ist noch nicht einmal die Substanzerhaltung der Bundeswehr gesichert. Gleichwohl versteigt sich Wörner zu neuen kostspieligen Großeinkäufen in der Rüstung. Für die Soldaten bleibt da außer vielen guten und hohlen Worten nichts übrig. Die schon jetzt drängenden sozialen Probleme unserer Soldaten werden dadurch zwangsläufig weiter verschärft.

Das Weißbuch 1985 ist eine Bilanz der Worte, nicht der Taten. (-/1.4.1985/

+ - + +

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



**Europa braucht eine gemeinsame Position gegen SDI**  
-----**Kohls Alleingang schadet auch den deutschen Wirtschaftsinteressen**

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Jaques Delors, der Präsident der EG-Kommission, hatte für die letzte Ratstagung der EG vorgeschlagen, die SDI-Problematik auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Forderung wurde auch von der Bundesregierung abgeschmettert, die die Frage der Weltraumrüstung nur in kleineren bi- oder trilateralen europäischen Rahmen behandelt sehen will. Mit anderen Worten: Kohl hat den anderen europäischen Staaten zu verstehen gegeben, daß er sich nicht in die Karten sehen lassen will, wenn er mit den Amerikanern eine Kooperation in der SDI-Forschung ausmachen will. Was dabei ausgemacht werden soll, ist ein verbindlich gesicherter Technologietransfer von Amerika nach Europa.

Das Abschmettern der Forderung von Jaques Delors nach einer gemeinsamen europäischen Erörterung des SDI-Programms war kurzsichtig. Die Forderung der Erarbeitung einer gemeinsamen europäischen Position ist zwingend notwendig. Dies ist sogar über den Rahmen der EG-Mitgliedstaaten hinaus dringend geboten und muß den Rahmen der Staaten betreffen, die in der ESA (European Space Agency) mitarbeiten, wozu auch die Schweiz und Schweden gehören. Diese ESA ist seit Jahren erfolgreich in der Entwicklung einer europäischen zivilen Weltraumfahrt tätig und hat es bisher geschafft, diese Tätigkeit von der Weltraumrüstung zu trennen. Mit dem SDI-Programm und einer Beteiligung einzelner europäischer Staaten daran ist aber eine Fortführung der bisherigen zivilen Weltraumforschung Europas gefährdet.

Ein deutliches Beispiel dafür ist die Einstellung des GIRL-Projekts durch die deutsche Bundesregierung, weil keine Haushaltsmittel mehr dafür zur Verfügung stehen. Dieses Projekt ist in der Infrarotbeobachtung technologisch in der Welt federführend. Während noch nicht einmal dafür Mittel zur Weiterführung vorhanden sind, wird gleichzeitig von einer Forschungsbeteiligung am SDI-Programm gesprochen. Bereits jetzt stehen sich also zivile Weltraumforschung und SDI-Programm finanzpolitisch im Weg.

Gerade wenn es darum gehen soll, daß die technologische Zusammenarbeit zwischen Europa und Amerika keine Einbahnsackgasse nach Amerika werden darf, muß das mit dem SDI-Programm aufgeworfene Problem von allen ESA- und EG-Mitgliedsländern gemeinsam besprochen werden. Gegenwärtig sperren die Vereinigten Staaten in zunehmendem Maße den Transfer auch von privaten Forschungsinstitutionen nach Europa zu. Auf der anderen Seite stehen europäische Forschungen und Entwicklungen den Amerikanern nahezu ungehindert zur Verfügung. Aus Europa werden damit Erkenntnisse abgesaugt, ohne daß ein Rücktransfer nach Europa gesichert ist. Die Vermutung ist sogar naheliegend, daß Washington deshalb das Angebot einer SDI-Mitarbeit gemacht hat, weil es die europäischen Technologien zu einer raschen Verwirklichung seines Programmes braucht. Denn der europäische Stand in diesen Technologien ist sehr viel weiter als immer unterstellt wird, in mancher Beziehung sogar weiter als der der USA (zum Beispiel in der Lasertechnologie).

Wenn verhindert werden soll, daß Amerika die europäischen Staaten wechselseitig zu seinem eigenen Vorteil ausspielt und ausnutzt, dieses zugunsten eines militärischen Programms, das die zivilen forschungs- und wirtschaftspolitischen Entwicklungen in Westeuropa erschlägt, muß es eine gemeinsame westeuropäische Interessenposition geben. Von dieser notwendigen Position hat sich Kohl in unverantwortlicher Weise abgesetzt. So wie Amerika damit offenkundig egoistische Interessen verfolgt, versucht dies auch Kohl - nur mit dem Unterschied, daß eine egoistische bundesdeutsche Position bei einem Projekt, das in die völlig falsche Richtung weist, auch den tatsächlichen deutschen Interessen schadet.

(-/1.4.1985/bb/ks)

+ + +



Neue Unions-Hektik um das Personalausweisgesetz

Der Eifer von CDU/CSU provoziert rechtlich und finanziell unkalkulierbare Risiken

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Mit dem Entwurf eines 5. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise versucht die Bonner Koalition aus CDU/CSU und FDP einen weiteren Anlauf zur Einführung eines fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises. Als Einführungstermin wird der 1. Januar 1986 angestrebt. Diesem seitens der Koalition selbst gesetzten Termin soll nach dem Willen der Mehrheit des Bundestages nun offensichtlich der weitere parlamentarische Fahrplan unterworfen werden. Für den 20. Mai 1985 wurde eine öffentliche Anhörung zum neuen Personalausweis im Innenausschuß festgelegt. Nach den Vorstellungen der CDU/CSU soll anschließend in zwei Junisitzungen die parlamentarische Einzelberatung durchgeführt und eine Woche später das Gesetz im Bundestagsplenum verabschiedet werden.

Unter diesen Umständen muß auf die rechtlichen, politischen und finanziellen Risiken aufmerksam gemacht werden, die mit dem Vorgehen der Union und möglicherweise auch der FDP verbunden sind.

Auch wenn man einräumt, daß der Gesetzentwurf datenschutzrechtlich weiter verbessert wurde und den Anforderungen des Volkszählungsurteils zu entsprechen versucht, so bleibt doch festzuhalten: dies ist eine notwendige aber keineswegs schon hinreichende Vorbedingung. Im Zusammenhang mit der vorgesehenen maschinellen Lesbarkeit des Ausweises sind vielmehr nach den Forderungen der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in Verbindung mit dem Ausweisgesetz flankierende Maßnahmen im Sicherheitsbereich erforderlich. Danach müssen die gesetzlichen Voraussetzungen für polizeiliche Personenkontrollen und Identitätsfeststellungen präzise bestimmt und Regelungen für die Informationsverarbeitung der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder sowie im Strafverfahrensrecht geschaffen werden.

Auf diesen Zusammenhang muß deshalb so nachdrücklich hingewiesen werden, weil der Bundesbeauftragte für den Datenschutz im 7. Tätigkeitsbericht wörtlich erklärt hat: "Erst wenn insoweit Entwürfe vorliegen, ist mir eine datenschutzrechtliche



Gesamtbewertung des neuen Entwurfs möglich." Bisher haben Bundesregierung und Koalition solche Gesetzentwürfe nur angekündigt, aber noch nicht vorgelegt. Spätestens zur Anhörung über das Personalausweisgesetz müßte also das Zusatzpaket an Gesetzentwürfen vorgelegt werden, da ansonsten alle Bewertungen der Datenschutzbeauftragten während des Innenausschußhearings letztlich nach eigener Aussage nur vorläufigen Charakter haben könnten. Es liegt auf der Hand, daß eine parlamentarisch-politische Entscheidung auf so fragwürdig schmaler Grundlage geradewegs nach Karlsruhe führen würde.

Bei einer soliden und angemessenen Verfahrensweise müßten aber nicht nur die bereichsspezifischen Regelungen im Sicherheitsbereich als Gesetzentwürfe vorliegen. Vielmehr müßten sie im Grunde verabschiedet sein, wenn das Gesetz über die neuen Personalausweise in Kraft tritt.

Die CDU/CSU macht sich und anderen etwas vor, wenn sie glaubt, ohne Rücksicht auf diese schwierigen komplexen Zusammenhänge allein im rechtlichen und gesetzgeberischen Bereich die strittige Vorlage im Hau-Ruck-Verfahren durchziehen zu können. Der Schaden, den die Union hier möglicherweise anrichtet, würde in rechtlicher, politischer und finanzieller Hinsicht erheblich sein. Bei realistischer und angemessener Einschätzung besteht für eine Verabschiedung des Personalausweisgesetzes vor der Sommerpause keine Chance. Oder will die Koalition das Risiko eingehen, daß der Vollzug des Gesetzes gestoppt wird? Für diesen Fall würden in der Bundesdruckerei zehn Millionen DM Materialkosten und zehn Millionen DM Personalkosten im Jahr für 200 neue Mitarbeiter entstehen.

Aber nicht nur rechtliche und politische Bedenken machen den anvisierten Termin 1. Januar 1986 fragwürdig. Es könnte sein, daß der Termin - sollte er im Gesetzgebungsverfahren mit Gewalt durchgedrückt werden - einfach deshalb nicht zu halten ist, weil der immer wieder hingehaltene Papierlieferant erst mit neun- bis zwölfmonatiger Verspätung liefern kann. Die Koalition sollte dem Parlament keine Schnellschuß-Lotterie mit Millionenrisiko in Sachen Personalausweis zumuten, sondern den Beschleunigungseifer eher auf die flankierenden Maßnahmen im Sicherheitsbereich konzentrieren.

(-/1.4.1985/rs/ks)

+ . . . + . . . +

